

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Ja zum Gegenvorschlag des Bundesrates zur Einheitskassen-Initiative**

Solothurn, 28. Mai 2013 – Der Regierungsrat befürwortet in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Gesundheit den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“.

Das Krankenversicherungssystem erweist sich heute teilweise als intransparent und bietet den Krankenkassen einen Anreiz, unerwünschte Risikoselektion zu betreiben. Der Bundesrat verfolgt in seiner Vorlage mit Blick auf diese Problemfelder drei Reformziele. Erstens soll für sehr hohe Kosten eine Rückversicherung geschaffen werden, zweitens ist beabsichtigt, den Risikoausgleich zu verfeinern. Drittens ist eine konsequente Trennung von Grund- und Zusatzversicherung vorgesehen.

Der Regierungsrat teilt die Reformziele des Bundesrates und begrüsst in seiner Stellungnahme die vorgeschlagenen Massnahmen. Er befürwortet dabei insbesondere die tiefere der beiden Eintrittsschwellen für die Rückversicherung. Die Jagd nach „guten Risiken“ könne dadurch angemessen unterbunden werden.